

EU-Kommission

Förderprogramm für grenzenlose e-Dienste

[14.7.2003] Die Europäische Kommission hat das Programm "Interoperabilität europaweiter elektronischer Behördendienste für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger", IDABC, vorgestellt. Mit der Initiative sollen grenzüberschreitende e-Government-Dienste vorangebracht werden.

Die neue IDABC-Initiative der EU-Kommission sieht die europaweite Erbringung von e-Government-Diensten für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger vor. Das neue Programm ist auf den Bedarf von Behörden, Unternehmen und Bürgern zugeschnitten, die mit öffentlichen Verwaltungen anderer Mitgliedstaaten interaktiv verkehren müssen. Zu dem Beschluss erklärte der für Unternehmen und die Informationsgesellschaft zuständige EU-Kommissar Erkki Liikanen: "Die Europäische Union muss dafür sorgen, dass e-Government-Dienste auf gesamteuropäischer Ebene angeboten werden. Der Beschluss ist ein gutes Beispiel für eine konkrete Folgemaßnahme zu der in Como im Rahmen der EU-Ministerkonferenz über elektronische Behördendienste abgegebenen Erklärung, in der sich die Minister erneut zur Einrichtung von e-Government-Diensten verpflichtet haben." Bei dem Programm handelt es sich um einen Nachfolger des Programms IDA (Datenaustausch zwischen Verwaltungen), einer strategischen Initiative unter Leitung der Kommission zur Förderung des raschen elektronischen Informationsaustauschs zwischen den öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen. IDABC ist ein weiter gefasstes e-Government-Programm, das vor allem zur Durchführung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und zur Verbesserung der interinstitutionellen Zusammenarbeit beitragen soll.

<http://www.eu-kommission.de>

Stichwörter: EU-Kommission

Quelle: www.kommune21.de